



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

9. Sitzung (öffentlich)

8. Februar 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP) (stellv.)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in Nordrhein-Westfalen (Ein-Euro-Jobs) - Bericht der Landesregierung Der Ausschuss erörtert das Thema mit Minister Laumann und Ministerin Thoben als Vertretern der Landesregierung.	1
2 Sachstandsbericht zur Steinkohle Einem Bericht von Ministerin Thoben schließt sich eine Aussprache an.	5
3 Zielabweichungsverfahren gemäß § 24 Landesplanungsgesetz zu dem LEP-Standort für flächenintensive Großvorhaben Hammer-Welver Vorlage 14/245 Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie erteilt dem Zielabweichungsverfahren gemäß § 24 Landesplanungsgesetz wie in der Vorlage 14/245 dargestellt seine Zustimmung.	10

- 4 Neue Perspektiven für NRW - Die Zukunftsenergie Geothermie weiterhin technologisch erschließen und wirtschaftlich nutzen** 11
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/695
- Der Ausschuss führt eine Aussprache zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/659 durch und verständigt sich einstimmig darauf, eine Anhörung durchzuführen. Die Details sollen im Rahmen eines Obleutegesprächs geklärt werden.
- 5 Strommarkt liberalisieren - Stadtwerke als Stromerzeuger stärken!** 13
- Antrag
de Fraktion der SPD
Drucksache 14/867
- Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/867, wird nach abschließender Beratung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.
- 6 Nationaler Allokationsplan II: Die Landesregierung muss die Interessen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen frühzeitig in den Willensbildungsprozess der Bundesregierung einspeisen** 26
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/868
Vorlage 14/221
- Nach ausführlicher Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, im Rahmen eines Obleutegesprächs einen Antragsentwurf formulieren zu lassen, der mit dem breiten Votum des Ausschusses verabschiedet werden könne.
- 7 Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen** 28
- Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/909
- Der Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/909, wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet.

8 Flüssiggas als Chance für mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerb im Gasmarkt

28

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1028

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/1028, wird unter Berücksichtigung zweier redaktioneller Änderungen mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

9 Reformprozesse in Schule und Hochschule aufeinander abstimmen - Übergang Schule/Hochschule optimieren

30

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/884

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 14/884, wird bei einer Enthaltung ansonsten einstimmig geschoben.

10 Verschiedenes

32

Siehe Seite 32 des Diskussionsteils!

7 Gesetz über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitungsanlage zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/909

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Dietmar Brockes führt aus, der Landtag habe den Gesetzentwurf der Landesregierung nach der ersten Lesung am 18. Januar 2006 an den hiesigen Ausschuss überwiesen. Mitberatende Ausschüsse gebe es nicht. Der hiesige Ausschuss berate erstmalig über den Gesetzentwurf. Er rege an, über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der aktuellen Sitzung bereits abschließend zu beraten.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/909, wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig verabschiedet.

8 Flüssiggas als Chance für mehr Versorgungssicherheit und Wettbewerb im Gasmarkt

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1028

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt **Stellvertretender Ausschussvorsitzender Dietmar Brockes** dar, sei durch Plenarbeschluss vom 19. Januar 2006 ohne Debatte an den hiesigen Ausschuss überwiesen worden. Der Antrag solle nach Vorlage einer Beschlussempfehlung durch den AWME abschließend im Parlament beraten und abgestimmt werden. Heute werde im Ausschuss erstmalig beraten.

Christian Weisbrich (CDU) hält den Antrag auch wegen der nicht ganz eindeutigen Termini für zu salopp formuliert. Beispiel für diese Kritik sei etwa die Bezeichnung „Flüssiggas“ statt „Flüssigerdgas“. Der Kontext des Antrags beziehe sich wohl auf normales Erdgas, das mit Tankschiffen transportiert werde.

Grundsätzlich stimme er dem zukünftig verstärkten Einsatz von Flüssigerdgas zu. Nordrhein-Westfalen werde allerdings wegen seiner geringen Küstenanbindung kaum Möglichkeiten haben, von sich aus aktiv zu werden.

Alles Notwendige zu tun, um die Zahl der Marktteilnehmer und deren Chancen im Markt zu erhöhen, wie es der Antrag einfordere, ziele auf ein Förderprogramm ab, für das es eigentlich keinen Beleg gebe. Der Antrag sei auch deshalb nicht zustimmungsfähig.

